

NGOs aus sieben Ländern unterzeichnen "Donau-Resolution" gegen Atomkraft



Am 25. April 2014 fand die Auftaktveranstaltung zu einer Anti-Atom-Kooperation von Umweltorganisationen aus den Ländern entlang der Donau statt. Anlässlich der Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat die Wiener Plattform Atomkraftfrei, stellvertretend durch Frau Mag.^a Paula Stegmüller Anti-Atom-Organisationen unter dem Titel „Anti-Nuclear Cooperation Region Danube and Neighbours“ zur länderübergreifenden Zusammenarbeit zur Verhinderung des Ausbaues der Kernenergie eingeladen.

Die Teilnehmer aus Deutschland, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien und Österreich unterzeichneten in St. Pölten im Landhaus eine 10 Punkte umfassende Resolution, ein klares Bekenntnis zu

- *NEIN zu neuen Atomkraftwerken*
- *KEINE Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke (KKW)*
- *Atomüllendlagersuche unter Berücksichtigung demokratischer Prinzipien und Einbindung der Öffentlichkeit*
- *kontinuierlicher Verbesserung der in Betrieb befindlichen Anlagen nach den aktuellsten Sicherheitsstandards, in jedem Fall Abschaltung so bald als möglich*
- *KEINE Subvention der Kernenergie um Wettbewerbsverzerrungen zu beenden*
- *KKW Industrie muss alle beim Betrieb von Kernanlagen entstehenden Kosten tragen*
- *JA zu verbindlichen Klimazielen bis 2030 und mehr Erneuerbare Energie*

Durch die länderübergreifende Vernetzung der Umweltgruppierungen in den Donaustaaten sollen die Kräfte gebündelt werden, um gemeinsam und verstärkt die ambitionierten Ziele dieser Resolution voranzutreiben und den raschen Ausstieg aus der Atomenergie zu erreichen.

Die Erfolge der Anti-Atom-Politik sind unübersehbar. So stellt sich derzeit die EU gegen eine Förderung der Atomenergie und aktuell ist der Ausbau von Temelin wegen Unwirtschaftlichkeit auf Eis gelegt worden. Niederösterreich wird weiterhin seine Vorreiterrolle im Bereich der Anti-Atom-Politik fortsetzen. Energielandesrat Dr. Stephan Pernkopf unterstützt das Treffen und forderte die Bundesländer, die Bundesregierung und die Nachbarstaaten auf, sich mit Engagement an dem Projekt zu beteiligen und es weiterhin zu unterstützen.